

Unterrichtung

durch den Bundesrat

Abdruck

Der Präsident des Bundesrates

Bonn, den 30. April 1982

An den
Herrn Bundeskanzler

Betr.: Gesetz über steuerliche und sonstige Maßnahmen für
Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität (Beschäfti-
gungsförderungsgesetz — BeschäftFG)
— Drucksachen 9/1400, 9/1488, 9/1500, 9/1507, 9/1508 —

Der Bundesrat hat in seiner 511. Sitzung am 30. April 1982 be-
schlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 26. März 1982
verabschiedeten Gesetz gemäß Artikel 84 Abs. 1, Artikel 105
Abs. 3 und Artikel 108 Abs. 5 des Grundgesetzes nicht zuzu-
stimmen.

Begründung

Der Bundesrat verweist auf seine Stellungnahme vom 26. März
1982 (BR-Drucksache 90/82 — Beschluß). Er hat darin seine Be-
reitschaft erklärt, im Rahmen einer umfassenden Strategie
zum Wachstum der Wirtschaft, zur Wiederbelebung des Ar-
beitsmarktes und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen
der gewerblichen Wirtschaft beizutragen. Der Bundesrat hat
jedoch vor allem die Finanzierung der vorgesehenen Maßnah-
men durch Steuererhöhungen abgelehnt. Die Einwände des
Bundesrates bestehen unverändert fort. Der Bundesrat ver-
mag daher nicht dem Gesetz zuzustimmen.

Koschnick

Bonn, den 30. April 1982

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Vorstehender Abdruck wird auf Ihr Schreiben vom 5. April
1982 mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Koschnick